

EVELYN REGNER



Kurzinformationen

Gewaltschutz-Richtlinie

Ausschuss: FEMM/LIBE

Zuständige Person in der Delegation: Evelyn Regner (Team: Magda Stumvoll)

Stand bei Umsetzung: Trilogergebnis im Februar 2024, geplante Plenumsabstimmung im April 2024

Hintergrundinfo

- ▶ 2019 FRA-Studie: 13% der Frauen in Österreich (EU: 9%) haben körperliche oder sexualisierte Gewalt erlebt, insbesondere junge Frauen (16-29 Jahre) davon betroffen
- ▶ 57% der Frauen in Österreich (EU:41%) haben Belästigung (beleidigenden und bedrohenden Kommentaren im persönlichen Kontakt bis hin zu Cybermobbing) erlebt.

Zusammenfassung

- ▶ neue EU-weite Straftatbestände werden eingeführt: Zwangsehe, Female Genital Mutilation (FGM), Onlinegewalt (Online-Stalking, Online-Mobbing, die Weitergabe von intimen oder manipulierten Bildern, das Versenden von sog. „Dick Pics“, sowie die Aufstachelung zu Hass oder Gewalt im Internet) und somit erstmals EU-weit einheitlich definiert.
- ▶ erschwerende Umstände bei Straftatbeständen (wenn gegen Journalist:innen; bei „Ehrenmorden“; oder wenn Opfer wegen ihres Geschlechts, Hautfarbe, Religion, sozialen Herkunft, politischen Überzeugungen, sexuellen Orientierung angegriffen wird)
- ▶ mehr Prävention, müssen Gewalt von vorne herein verhindern!
- ▶ mehr Datenerhebungen von geschlechterbasierten Taten -> diese werden in vielen Mitgliedsstaaten kaum oder gar nicht erfasst, daher hohe Dunkelziffer

Wo wurde gebremst/blockiert?

- ▶ generell: große Einigkeit im Parlament, aber v.a. liberale und konservative Kräfte im Rat haben blockiert
- ▶ S&D wollte eine konsensbasierte Definition von Vergewaltigung („nur Ja heißt ja“) als EU-weiten Straftatbestand --> wurde leider im Rat (= Regierungen der Mitgliedsstaaten) blockiert -> damit ist dieser Straftatbestand der Vergewaltigung komplett aus der Richtlinie entfernt worden
- ▶ S&D wollte Online-Gewalt generell kriminalisieren, und nicht nur wenn das Opfer, schwerwiegenden Schaden erlitten hat --> auch das hat der Rat blockiert

Was hat S&D erreicht?

- ▶ es ist uns gelungen, die Revision - also die Überarbeitung der Richtlinie- von 7 auf 5 Jahre herunterzuverhandeln
- ▶ eine konsens-basierte Definition von Vergewaltigung ist zumindest im Präventionsteil enthalten sprich es müssen zB Kampagnen gemacht werden. Darauf soll bei der Evaluierung und eventuellen Überarbeitung des Gesetzes in 5 Jahren aufgebaut werden, damit Vergewaltigung doch auch im Strafrechtskapitel als EU-weite Straftat mit gleicher Mindestdefinition erfasst wird
- ▶ Kinder, die Gewalt beobachtet haben, werden als Opfer angesehen und erhalten somit mehr Unterstützung

Key Messages

- ▶ wichtiges Zwischenergebnis, wir verbessern den Status Quo in Bezug auf Gewaltschutz & Frauenrechte und führen EU-weite Definitionen von Straftatbeständen ein
- ▶ wir arbeiten weiter, dass bei der Überarbeitung des Gesetzes: Vergewaltigung, mit nur-ja-heißt-ja-Definition, EU-weit als Straftatbestand kriminalisiert werden kann
- ▶ die RL macht klar: Gewalt ist kein privates Problem, sondern Staaten haben hier zu handeln!
- ▶ müssen gesellschaftlichen Diskurs stärken, damit konsens-basierte zwischenmenschliche Interaktionen in jedem Bereich die Basis ist
- ▶ Prävention, Prävention, Prävention: müssen alles tun, dass Gewalt gar nicht erst passiert